

Sonneberg

## Kirchenkreis nach der Wahl

Mit Robert Sesselmann ist erstmals in Deutschland ein AfD-Politiker zum Landrat gewählt worden. Wie haben die Kirchengemeinden das Wahlergebnis aufgenommen, und vor welche Herausforderungen stellt es die Christen im Kirchenkreis Sonneberg? Beatrix Heinrichs hat dazu den Präses der Kreissynode, André Amberg, befragt.

Wie erklären Sie sich den hohen Zuspruch für die AfD in Südtüringen?

André Amberg: Die eine Ursache gibt es nicht. Aus Begegnungen mit den Menschen weiß ich, dass sich viele momentan wie in einem Hamsterrad des Lebens fühlen. Es wirkt, als wäre man einem kollektiven Burnout nahe. Häufig wurden in Gesprächen diese Punkte genannt: Die Sehnsucht nach einer Normalität. Eine vom kleinen Volk entfremdet wahrgenommene Bundespolitik mit Gesetzen, durch die sich die Menschen überfahren fühlen. Finanziell angespannte Familienkassen. Unsicherheiten durch einen Krieg in Europa, mit einem Land als Gegner, das viele Jahre für die Ostdeutschen als Bruder galt. Es fehlt den Menschen nach eigener



André Amberg  
Foto: André Amberg

Aussage an Transparenz und Verstandenwerden. Das alles gipfelte beim überwiegenden Teil der Menschen in einen Frust, der während des Wahlkampfes nicht hat verschlicht werden können, sondern zu einer Trotzreaktion führte.

Wie hat man in den Kirchengemeinden auf den Wahlausgang reagiert?

Der Kreiskirchenrat hat sich, wie viele Christen vor Ort, den Aussagen der beiden Regionalbischöfe angeschlossen. Ob das Auswirkungen auf die Wahl hatte, kann ich nicht sagen. Für mich ist es ernüchternd, dass erst nur knapp 50 Prozent und dann nur 60 Prozent der Menschen ihre Stimme genutzt haben. Gewonnen hat eigentlich die Fraktion der Nichtwähler. Diese Gruppe steckt voller Potenzial. In ihr birgt sich aber auch die Gefahr, dass die Resignation bei Wahlen noch mehr Überhand nimmt. Nach der Wahl werden sich nun alle Kirchengemeinden sortieren und mit dem Ergebnis auseinandersetzen müssen.

Welche Aufgabe haben die Christen in Ihrem Kirchenkreis vor diesem Hintergrund in den nächsten sechs Jahren?

John Lennon sagte: »Leben ist das, was passiert, während du dabei bist, andere Pläne zu machen.« Die Herausforderungen, denen der Kirchenkreis gegenübersteht, waren und sind bisher ganz andere als der Umgang mit solch einem Wahlergebnis gewesen. Nun wurde uns eine Aufgabe anbefohlen, auf die wir Antworten suchen müssen. Bei allem Vortasten auf diesem Weg können wir nicht auf Erfahrungen anderer bauen.

Wir sind aber in jeglicher Beziehung gut beraten, den Menschen vor Ort unsere eigenen Entscheidungen zu erklären und transparent zu machen. Dabei sollten wir nicht die tröstliche Gewissheit außer Acht lassen, dass wir von Gebeten getragen werden und Einer mit uns geht, der uns den Weg weist. Das ist beruhigend.

Die CDU Sachsen-Anhalt diskutiert den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms. Darin ist von Gott keine Rede mehr. Mit dem Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU, dem Landtagsabgeordneten Stephen Gerhard Stehli, hat Oliver Gierens darüber gesprochen.

Ihre Partei betont einerseits die Abgrenzung zur AfD, andererseits soll Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Frank Bommersbach geheime Absprachen mit der Partei getroffen haben, was er bestreitet. Wackelt die »Brandmauer« zur AfD?

Stephen Gerhard Stehli: Wie von allen Verantwortungsträgern der CDU Sachsen-Anhalts, einschließlich der gesamten Partei- und Fraktionsführung, mehrfach betont, wird es eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht geben. Keine Absprachen, keine Kooperationen und keinerlei gemeinsames Vorgehen. Die Positionierung der CDU ist uneindeutig.

Bei der letzten Landtagswahl haben Sie dem AfD-Kandidaten den Wahlkreis Magdeburg-Nord »abgenommen«. Wie haben Sie das gemacht?

Das hat natürlich vielfältige Gründe. Dazu gehören die hohe Beliebtheit und Vertrauenswürdigkeit von Ministerpräsident Reiner Haseloff in der Bevölkerung unseres Landes. Darüber hinaus wurde klar, dass gerade die Magdeburger Bevölkerung mit dem direkt gewählten AfD-Abgeordneten unzufrieden war. Damit spricht man als Gegenkandidat auch viele demokratische Wählerschichten über die übliche eigene Klientel hinaus an.

Welchen Rat geben Sie der CDU insgesamt, wie sie mit dem Höhenflug der AfD umgehen sollte?

Da die momentan hohen Umfragergebnisse der AfD zum allergrößten Teil Protestpotenzial tragen, müssen proaktiv die unmittelbaren Sorgen der Menschen aufgegriffen werden und mit gangbaren, vernünftigen und nachvollziehbaren Lösungsansätzen versehen werden. Themen wie Kostenbefürchtungen beim Heizungsumbau, Migrations- und Asylproblematiken, Inflation, Bildungsdefizite müssen ernst genommen werden. Die CDU darf weder die Auseinandersetzung mit der Berliner Ampel noch mit der populistischen AfD dabei fürchten.

# Ohne Gott und Kirche?



Prominenz im Magdeburger Dom: MdL Stephen Gerhard Stehli (r., CDU), der auch Vizepräsident der EKM-Synode und Vorsitzender des Domgemeinderats ist, beim Eröffnungsgottesdienst zur EKD-Synode 2022 mit Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt und Diakonie-Präsident Ulrich Lilie

Foto: epd-Bild/Jens Schulze

Worauf führen Sie die aktuellen Umfragergebnisse für die AfD zurück, besonders in den ostdeutschen Ländern?

Zunächst: Die AfD ist eine westdeutsche Erfindung. Eine solche Partei, die absehbar keine Regierungsverantwortung tragen wird, kann leichter und mit einfachen Parolen ein Unzufriedenheits- und Protestpotenzial binden. Da die Linkspartei in Ostdeutschland inzwischen an einer auch demographisch bedingten Strukturschwäche leidet, bündelt sich ein solches Potenzial eher auf einer politischen Seite. Typisch ostdeutsch erscheint es mir aber nicht.

In Sachsen-Anhalt gibt es rund 15 Prozent Kirchenmitglieder. Ist es für die CDU überhaupt noch sinnvoll, die Nähe zu den Kirchen zu suchen?

Ich bestreite Ihre These, dass die Kirchen weniger gesellschaftsrelevant werden, weil die Mitgliederzahlen sinken. Kirche ist ja nicht ausschließlich der Sonntagsgottesdienst oder der Konfirmationsunterricht, sondern umfasst auch das diakonische Handeln. Das Diakonische Werk und die Caritas sind ziemlich große Player im Land bei der Erfüllung sozialer Aufgaben. Dann spielen Kirchen eine nicht unbedeutende Rolle im Rahmen der freien Schulen. Dort werden immerhin etwa zehn Prozent der Schüler unseres Landes unterrichtet. Und das dritte Feld sind die ganzen Angelegenheiten

der Denkmalpflege – der weitaus größte Teil historischer Kunstwerke hat eine sakrale Prägung.

Das Verhältnis von evangelischer Kirche und Union ist ja nicht ganz spannungsfrei. Was verbindet die Union mit der evangelischen Kirche?

»Nicht alle Formulierungen der 80er- und 90er-Jahre sind noch passend«

Ich bin der Meinung, dass die Kirche eine der letzten gesellschaftlich relevanten Institutionen ist, die Menschen zusammenbringt, die sich sonst wenig zu sagen haben, sich aber doch in einem Gottesdienst oder in einem Gemeindegottesdienst zusammenfinden.

Die Union arbeitet momentan an Grundsatzprogrammen auf Bundes- und Landesebene. Nicht alle Formulierungen der 80er- und 90er-Jahre sind noch passend. Aber das christliche Menschenbild ist dabei festgefügt. Die Vorstellung, dass wir schöpferisch orientiert sind, dass nicht alles erlaubt ist, was geht, und dass wir als Menschen fehlbar sind – was alles seine Wurzeln im christlichen Glauben hat – ist immer noch eine große Quelle von Struktur für die Union. Das müssen wir aber so formulieren, dass es auch Menschen mit anderem oder ohne Glauben anspricht.

Im bisherigen Grundsatzprogramm der Landes-CDU heißt es: »Unsere

Politik beruht auf dem christlichen Verständnis und seiner Verantwortung vor Gott«. Im Entwurf des neuen Programms ist von Gott keine Rede mehr. Was sagen Sie dazu?

Ein Entwurfstext ist genau das: ein Entwurf. Gerade zu den Themen Kirche, Religion, Glaube und so weiter gibt es eine Vielzahl von Änderungs- und Ergänzungsanträgen. Ich gehe davon aus, dass es hier eine Reihe von Präzisierungen und Hervorhebungen im genannten Sinn geben wird. Nicht nur als EAK-Landesvorsitzender, sondern auch als Mitglied der Antragskommission zum Grundsatzprogramm werde ich mich hierfür einsetzen.

Auch das Wort »Kirche« kommt in dem Entwurf nicht vor – auch fehlen Bekenntnisse zur Kirchensteuer oder zu den Staatskirchenverträgen. Stellt die CDU diese infrage?

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind verlässliche Partner des Staates in vielen Feldern. Dieses gute Verhältnis wird es auch in Zukunft geben. Sie können sicher sein, dass sich die CDU hierfür wie bisher aktiv einsetzen wird. Die CDU stellt weder das Kirchensteuersystem noch die Staatskirchenverträge infrage. Sollten die Kirchen hier Veränderungen wünschen, wird sich die CDU Gesprächen selbstverständlich nicht verschließen.

Wie steht es denn um das »hohe C« in der CDU – haben Sie da als EAK zunehmend Schwierigkeiten, sich mit ihren Positionen durchzusetzen, gerade hier im Osten?

Der EAK ist ja gerade von der Sonderorganisation zur Vereinigung »befördert« worden. Offensichtlich machen wir in dieser Hinsicht etwas richtig. In den Diskussionen über Grundwerte kommen natürlich auch unterschiedliche Akzentsetzungen zutage. Als Landesvorsitzender des EAK fühle ich mich in den Gremien durchaus wahrgenommen und sehe mich durchaus nicht an die Seite geschoben. Aber es zeigt sich in der Union, dass so langsam ein Wandel stattfindet. Aktive Christen tun sich in der Union insgesamt zusammen.

Der EAK ist damals in Westdeutschland gegründet worden, weil die ganze Veranstaltung eher rheinisch-katholisch geprägt war. Der rheinische und der bayerische Katholizismus sind in der Unionsfamilie aber auch nicht mehr die allein prägende Kraft, und so werden wir auch zunehmend zusammen mit unseren katholischen Schwestern und Brüdern zusammenarbeiten, zum Beispiel bei Themen wie dem assistierten Suizid, bei konfessionellem Religionsunterricht oder Klimathemen.

## Aufarbeitung

### 40 biblische Jahre später

Der EKM-Anerkennungsausschuss für die Opfer von DDR-Unrecht will bis zum September eine Auswertung seiner Arbeit vorlegen. Das teilte Christian Dietrich mit. Der Pfarrer ist Geschäftsführer des dreiköpfigen Ausschusses und zugleich als Seelsorger für die Betroffenen zuständig. Die Fallbearbeitung soll bis Ende Juni abgeschlossen sein, so Dietrich.

Im Oktober 2017 hatte sich die EKM in einem Bußwort zu ihrer Verantwortung bekannt. Im Mai 2021 wurde von der Landeskirche ein Anerkennungsverfahren eingerichtet und ein Entschädigungsfonds von 500 000 Euro bereitgestellt. Belastet worden sei der Fonds nicht in Gänze, so Dietrich. In welcher Höhe er ausgeschöpft wurde, dazu machte Dietrich keine Angaben. Auch wie die verbleibenden Mittel eingesetzt werden sollen, ist noch unklar. Darüber müsse der Landeskirchenrat beschließen.

Insgesamt haben sich über 40 Betroffene an den Ausschuss gewandt, der im Auftrag des Landeskirchenrats über die eingegangenen Anträge entscheidet. Insbesondere kurz vor Ende der Antragsfrist zum 30. April hätten sich viele Menschen gemeldet.

Die Fälle seien sehr unterschiedlich und hätten nicht immer unmittelbar in einen Antrag gemündet. Zum Teil hätten Betroffene ihren Antrag selbst zurückgezogen. Bearbeitet worden sind insgesamt 29 Anträge. Bei weiteren 20 Anträgen hätte sich schnell die Nichtzuständigkeit des Ausschusses herausgestellt, erklärt Dietrich. In drei Fällen sei dies im Laufe

des Verfahrens festgestellt worden. »Unser primäres Kriterium bei der Prüfung war die Frage: Liegt hier kirchliches Versagen vor?«, so Dietrich. Alle Betroffenen hätten Unrecht erlebt, nicht jeder Fall aber habe sich in einem kirchlichen Kontext verorten lassen. Derzeit seien sieben Verfahren mit neun Betroffenen abgeschlossen. Für 17 Betroffene laufen die Verfahren noch.

Auch einer der schwerwiegendsten Fälle habe abgeschlossen werden können, so Dietrich. Der Antrag von Lothar Rochau sei abschließend bearbeitet. Man sei zu einer Einigung gekommen, nachdem Rochau eine seiner Forderungen habe fallen lassen.

Rochaus Inhaftierung hatte sich am 23. Juni zum 40. Mal gejährt. Der Jugenddiakon hatte Ende der 1970er-Jahre in Halle-Neustadt die Offene Arbeit aufgebaut und war damit im DDR-Staat auf Widerstand gestoßen. Im Frühjahr 1983 wurde er aus dem Dienst der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen entlassen, im Sommer verhaftet, im Herbst verurteilt und später ausgebürgert. Das Landgericht Halle rehabilitierte ihn 1991. »40 Jahre nach meiner Verhaftung bin ich sehr froh über diese wichtige Etappe und danke dem Ausschuss«, sagte Rochau zum Abschluss des Verfahrens, das in einem neuseitigen Papier mündete. Die Vereinbarung umfasse auch eine Anerkennungszahlung in fünfstelliger Höhe, die nicht als Entschädigung oder Wiedergutmachung zu werten sei. Wichtig ist Rochau vor allem, dass Landesbischof



Jugenddiakon Lothar Rochau (2.v.r.) wurde im Sommer 1983 festgenommen. Foto: Archiv Rochau

Friedrich Kramer ihm schriftlich für seine Arbeit in Halle-Neustadt danke und gleichzeitig die Schuld anerkenne und bedauere, die die Kirchenprovinz Sachsen im Zusammenhang mit den staatlichen Repressionen infolge von Rochaus Verhaftung, Verurteilung und Ausbürgerung auf sich geladen hat. Vor allem drei inoffizielle Mitarbeiter im Konsistorium der KPS hatten Druck auf den Kirchenkreis aufgebaut, bei dem Rochau damals angestellt war.

Die Frage, ob Rochau als 1978 eingeseegneter Diakon und Mitglied der Diakonischen Gemeinschaft der Brüder und Schwestern des Lindenhofs in Neinstedt das Recht zur freien Wortverkündigung hat, ist ungeklärt und nicht Teil der Anerkennungsvereinbarung.

Doch auch nach Abschluss der Ausschussarbeit müsse die wissenschaftliche Aufarbeitung des DDR-Unrechts weitergehen, fordert Christian Dietrich, dessen Projektstelle für die Seelsorge an Diktaturopern befristet ist und im September endet.

Beatrix Heinrichs und Katja Schmidtke